

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 11^v Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Sonnabend, den 12. März 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Gesperert:

Grabsteingeschäft Fr. Martin in Pforzheim. In Krieg h. Breslau sämtliche Betriebe. Marmorwerk „Jas“ in Krefeld, Firma Feinr. Hautz in Duisburg.

Streik:

In Langensalza, Wälfertsbütt (Betrieb Heiligenmühle), Bittershausen (Städt. Basaltwerk Naoha), Kastenordheim (Basaltwerk Leimbach u. Co.), in Osabrück (sämtl. Betriebe). In Greifswald (Firma Herm. Jagdmann u. Diebe, Nachf. Schilling). In Minden (Kollegen sind alle abgereist). In Eschershausen circa 125 Kollegen (Dolomit-Steinmetzbetriebe) betrifft hauptsächlich Hildesheimer Unternehmer. In Stettin 100 Kollegen (Abwehrkampf gegen beabsichtigten Lohnabbau von 50 Pf. pro Stunde).

Zugung ist fernzuhalten:

Außer den bereits genannten Orten nach den Zahlstellen im Ruhrgebiet, nach Stuttgart, Köln a. Rh., nach Jena (die Steinbrucharbeiter aus der Umgebung wollen es besonders beachten). In Bremen haben sich die Verhandlungen über Lohn-erhöhung verschärft. Nach dem Zahlstellengebiet von Wolfshagen sind Arbeitsangehore für Schotter- und Pflastersteinarbeiter zu unterlassen, da die Bewegung noch nicht zum Abschluß gekommen ist. (Firma Harzer Pflastersteinwerke Langelsheim, und Müller u. Gibion, Lautenthal, Betrieb Trogthalerwerke).

Der Bezirksrat für die Oberhessische Basaltindustrie wurde gelindigt.

Erreichte Bewegungen:

Feuerungszulage für die ban. Hartsteinindustrie. Am 1. März fanden vor dem Landesvereinigungsamt in München die Verhandlungen wegen Erhöhung der Feuerungszulage für die hiesigen Werksstein-, Pflaster- und Schotterarbeiter statt. Die Unternehmer waren auch bei diesen Verhandlungen zu Zugeständnissen nicht zu bewegen. Wir beantragen daher die sofortige Einsetzung eines Schiedsgerichts. Diefem Antrag wurde stattgegeben und die Verhandlung zur Bestellung der Richter auf 2. März vertagt. Da auch am 2. März bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht eine Einigung nicht zu erzielen war, zog sich das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Regierungsrats F. u. r. zur Formulierung eines Schiedspruches zurück. Nach nahezu dreistündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende folgende

Schiedspruch:

1. Die zur Zeit tarifmäßig bestehenden Grundlohnsätze bleiben in Kraft.
 2. Auf die zur Zeit geltenden Lohnsätze wird ein Feuerungszulage von 50 Prozent des Grundlohnes, zahlbar vom 1. März 1921 ab, gewährt.
 3. Unter „geltenden Lohnsätzen“ sind für die Arbeitnehmer in der Schotterindustrie zu verstehen die Lohnsätze, die sich ergeben unter Zugrundelegung des Grundlohnsatzes, zugerechnet 400 Proz. (vom Grundlohn) Feuerungszulage und die in der Vereinbarung vom 8. Mai vor dem Schlichtungsausschuß Würzburg zugebilligten besonderen Zuschläge.
- Dies wird den Parteien eröffnet mit der Maßgabe, daß zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches eine Frist von 10 Tagen eingeräumt wird.
München, den 2. März 1921.

Dr. F. u. r.

Durch diesen Schiedspruch erhöht sich die Feuerungszulage für die Kollegen des hiesigen Landes von 350 auf 480 Prozent, für das Reichsgebiet und die Unterfränkischen Werke von 400 auf 450 Prozent. Ferner sind durch diesen Schiedspruch auch die Differenzen aus der Vereinbarung vom 4. Januar 1920 für die Schotterarbeiter endgültig gelöst. Die Schotterarbeiter erhalten also ab 1. Januar 1920 nicht 2.95, sondern 3.15 bzw. 3.30 M. pro Stunde. Durch obigen Schiedspruch ergibt sich für die Schotterarbeiter ab 1. März 1921 ein Stundenlohn von 8.45 bzw. 8.60 M. Sollten die Unternehmer wieder erwarten den obigen Schiedspruch bis 11. März ablehnen, dann wird unsererseits sofort die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Banken. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß brachten für die Steinindustrie der Schächlingen Laufs eine Erhöhung der Feuerungszulage von 350 Prozent auf 450 Prozent. Die Erhöhung soll mit der ersten Löhnung im März in Kraft treten. Die Kollegen haben dem Schiedspruch zugestimmt.

Zwölftes i. Ergab. Für die hiesigen Serpentinarbeiter wurde auf dem Verhandlungswege eine Feuerungszulage von 2 Mark täglich nur für die Verarbeiteten und für Witwen erzielt.

In Wildemann (Gatz) wurde im Schotter- und Pflastersteinwerk Kappel u. Co. von der Firma eine Aussperrung verfügt, weil über die Dauer der Mittagspause keine Einigung zu erzielen war; erst nach 1 1/2 tägiger Arbeitsruhe konnte die Sache im Beisein des Gauleiters eingeregelt werden.

Kirn. Der Streik ist mit Erfolg beendet. Die Stundenlöhne werden in allen Klassen um 50 Prozent erhöht. Die Akkordpreise um denselben Prozentsatz. Die Nachzahlung der Feuerungszulage für Dezember und Januar erfolgt sofort.

Kalkstein- und Dolomitindustrie im Elberfelder Bezirke. Vom 1. Februar wird ein sogenanntes Hausstandsgehd von 2 Mark pro Schicht gezahlt, das Kindergeld von 1 auf 2 Mark erhöht.

Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa, die mit den maßgebenden Stellen im Reiche in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland verhandelt haben, veröffentlichen jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die sie an die Reichsregierung gestellt haben. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf auf der Hoffnung beruhte, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben der beiden Spitzenorganisationen an die Reichsregierung, worin sie ihre Forderungen zusammengestellt nochmals unterbreitet haben, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut:

„Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerstörende moralischen und volkswirtschaftlichen Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nordürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstüßungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsomme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosenziffern nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Verfinken in immer größeres Elend nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenerhaltung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Maßnahmen der seitherigen Maßnahmen betreffend die sog. produktive Erwerbslosenfürsorge hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnelstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erheben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund folgende Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.
3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Notstandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.
5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorgeschriebenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.
6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
7. Allen Kurzarbeitern ist bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Eintritt auf die Erlernsmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgegeben werden um die Kurzarbeit baldigt wieder in Vollarbeit umzuwandeln.
8. Die Belegung des Bauwerkes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Verhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulweisung für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.
10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa).

Zum Ablauf des Reichslohntarifes in den Granitschleifereien.

Durch den bevorstehenden Ablauf des genannten Tarifs kommt die Frage der Beseitigung der Akkordarbeit aufs neue ins Rollen. Bereits in der vorigen Nummer haben die Notleidenden Kollegen ihre Stellung in dieser Angelegenheit präzisiert. Der ständige Streit um die Einhaltung der Tarifpositionen sowie deren meist zu niedriger Bewertung, die selbst bei fleißigster, angestrengtester Arbeit keinen ausreichenden Verdienst ermöglicht, hat in weiten Mitgliederkreisen die Auffassung hervorgerufen und gestärkt, daß die besprochenen Mängel nur durch die Beseitigung der Akkordarbeit zu erreichen ist. Daß diese Auffassung Platz greifen konnte ist auf das Verhalten jener Kreise zurückzuführen, die die Beibehaltung der Akkordarbeit unter keinen Umständen missen wollen, nämlich die Unternehmer. Während sie sich bei der Festsetzung der Akkordpreise gegen eine angemessene Regelung mit allem Eifer wehren, sind sie nach dem Zustandekommen unzureichender Sätze nicht selten bestrebt, auch diese noch zu kürzen. Kein Wunder, wenn daher

eine Erbitterung gegen das Akkordsystem entstanden ist, die nur mit der Beseitigung desselben beigelegt zu werden scheint.

Ob freilich die Veranlassung zu den berechtigten Klagen der Kollegen schwinden wird, wenn es gelingt, den Stücklohn zu beseitigen und an seine Stelle den Zeitlohn zu setzen, ist eine Frage, die nicht so ohne weiteres bejaht werden kann; denn auch der Zeitlohn hat seine Schattenseiten, und diese aufzuheben, ist der Zweck dieser Zeilen.

Trotz des Vorhandenseins größten Pflichtgefühls auf Seiten der Arbeiter übt der Unternehmer eine bis ins kleinste gehende Kontrolle aus, damit ihm auch nicht ein Bruchteil von Kraft und Zeit des Arbeiters verloren geht. Die raffiniertesten Kontrollsysteme in unserer und anderen Industrien legen davon Zeugnis ab. Jedemfalls die Profitsucht in den Unternehmungen, wo im Zeitlohn gearbeitet wird, nicht geringer, als dort, wo die Entlohnung im Akkord erfolgt. Die im Zeitlohn beschäftigten Kollegen sind sehr oft in dieser Hinsicht in keinen Grad besser gestellt als die Akkordarbeiter. Der Widerstand der Unternehmer richtet sich gegen jede Lohnerhöhung, ganz gleich, ob es sich um Stück- oder Zeitlohn handelt. In beiden Fällen menden der Unternehmer alle ihm zu Gebote stehenden Mittel an, um die Arbeitsleistung auf die höchste zu steigern, und in beiden Fällen muß sich der Arbeiter vor Ueberarbeitung schützen, damit seine Kräfte nicht vorzeitig erschöpft werden. Er soll haushalten mit seinem einzigen Gut, der Arbeitskraft. Die Schädlichkeit der Ueberarbeitung liegt daher nicht in dem einen oder anderen System begründet, sondern in der Lohnarbeit für den Privatunternehmer überhaupt, gleichviel, ob Zeit- oder Stücklohn in Betracht kommt. Man verheere uns nicht falsch. Ohne Arbeit ist das Menschleben inhaltlos, und einen Erwerb muß jeder ausüben. Nur darin liegt die Abneigung, daß die Lohnarbeit nicht in erster Linie für die Allgemeinheit gedacht ist, sondern für den Gewinn des Unternehmers, der infolge seines Besitzes (Grund, Boden, Werkzeuge, Maschinen, Geld) andere zur Verrechnung dieses Besitzes arbeiten läßt. Die Ueberlastung der allgemeinen Interessen, sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite, ferner Habguth, Willkür usw., mit einem Wort — die Unvollkommenheit der Menschen ist die wahre Ursache der zu beseitigenden Schäden und Mängel in der heutigen Lohnarbeit. Statt einer gesunden Strebsamkeit macht sich ein ungeordnetes, unheilvolles Strebertum breit und fleißig artet aus in Verschleuderung der Arbeitskraft, in einem wie im anderen Falle zum Schaden der Allgemeinheit. Wenn der Willkür keine Schranken gesetzt werden, so behalten die Nachteile aller Arbeitsysteme immer die Oberhand, und etwas Vollkommenes, was selbst der Unternehmungskapitalismus nicht zu bewerkstelligen vermag, wird durch die Anwendung der Lohnarbeit ausfallen! Daher gilt es, Vorkehrungen zum Schutz der Allgemeinheit zu treffen unter Wahrung von Fleiß, Vernunft und Recht. Die Garantierung eines auskömmlichen Lohnes bei Akkordarbeit ist daher nach wie vor das mindeste, was wir mit allen Mitteln zu erreichen begehrt sein müssen, so wie es uns die Beschlüsse unserer höchsten Verbandsinstanzen (Verbandstag und Beiratskonferenz) zur Pflicht gemacht haben!

Entlohnung nach dem Familienstand.

Ueber diese Angelegenheit ist bereits im verfloffenen Jahre im „Steinarbeiter“ im beifürsorgenden und im ablehnenden Sinne geschrieben worden; auch einige Kollegen haben sich in Einsendungen dazu geäußert. Ein Ergebnis hat die Behandlung der Frage bei den dann erfolgenden Lohnvereinbarungen bisher nicht gezeigt. Die Entlohnung nach dem Familienstand (Kopfgeld der Familie des Lohnempfängers) hat wohl etwas für sich, birgt jedoch bei unserem heutigen Entlohnungssystem, das sich aufbau auf die Arbeitsleistungen des einzelnen Lohnempfängers, Gefahren in sich, die uns Arbeitern größer scheinen als die Vorteile. Die Lösung der wichtigen Frage, wie dem mit großer Familie gesegneten Kollegen zu helfen ist, wird in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung mit den Arbeitgebern generell nicht zu lösen sein! Es muß Aufgabe des Staates bleiben, die mit großer Familie belasteten niederen Einkommen in jeder Weise zu stützen. Nebenbei wie wir bei der Reichseinkommensteuer einen ersten schicklichen Versuch sehen, könnte auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Ernährung, Bekleidung die weitere Staatshilfe ausgedehnt werden. Wir haben die Ueberzeugung, daß die weitere Entwicklung im Staatswesen hier auf alle Fälle eine Aenderung im angeedeuteten Sinne bringt, wenn sie kommt, ist allerdings die Kardinalfrage. Es kann wohl gesagt werden — wenn — (hier haben wir wieder das berühmte Wort, was bei allen Problemen nicht zu umgehen ist), also wenn Staat, Wirtschaft und Bevölkerungspolitik klare Ausblicke in die Zukunft zulassen. Fürs erste mangelt es daran infolge der unsicheren Lage, in die uns die ewig drohenden Kriegsfolgen gebracht haben und die augenblicklich wieder im Vordergrund der Politik stehen.

Wohl wird es an diesem oder jenem Ort, in einzelnen Betrieben oder mit einzelnen Arbeitgebern möglich sein, den stark belasteten Familienvätern durch Vereinbarungen Erleichterungen zu bringen, und es ist auch bereits in einzelnen Fällen geschehen. Das setzt aber bei den betreffenden Arbeitgebern eine Einsicht voraus, die nicht allein auf den Profit zugeschnitten ist. Solches Verständnis ist jedoch heute, wo der Egoismus bei allen Schichten der Bevölkerung wahre Triumphe feiert, so selten, daß es auch mit einer Diogeneslaterne schwer zu finden ist. Dagegen sind große Arbeitgeberkreise wohl bereit, die Verringerung der Arbeiterfamilienbater vorzunehmen auf Kosten der Entlohnung lediger Arbeiter! Darin liegen für die Gesamtheit der Lohnempfänger berechtigete Bedenken, die bei Prüfung der Frage „Entlohnung nach dem Familienstand“ berücksichtigt werden müssen. Die nachstehenden Zeilen über das Thema sind uns von einem Kollegen mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt. Sie enthalten leider nichts Neues zu dieser Frage, enthalten sich auch jeder konkreten Vorschläge, geben auch sonst über die von uns angeedeuteten Schwierigkeiten hinweg. Aus diesen Gründen hielt die Redaktion es für angebracht, die vorstehende Einleitung zu geben, um eventuell weiteren Einsendern einen gewissen Weg zu zeigen.

Die letzten Lohnverhandlungen im unteren Maintal haben bisherige Entlohnungsmethode noch nicht zu denken ist. Ich mich eingehender damit befaßt, ist zu bemerken, daß es nicht meine Absicht ist, gegen die an leitender Stelle stehenden Kollegen einen Feldzug zu eröffnen, oder gegen die an den Verhandlungen teilgenommenen Kollegen zu polemisieren; sondern auf

Wirtschaftlichen und lokalen Wege sollen sich die verschiedenen Richtungen zusammenschließen, damit wir nicht in eine Sackgasse geraten. Die gegenwärtige Zeit verlangt, daß wir praktische Arbeit leisten und versuchen jeden geschäftlichen Vereinigungsstreit zu verhindern. Nur durch Vernunft und Besonnenheit kann man Probleme von großer Tragweite lösen. Die Kollegen, die ihr Fachorgan mit Aufmerksamkeit lesen, werden aus meinen Zeilen die Folgerung ziehen, daß es für sie nichts Neues ist, aber was ganz Neues auch nicht. Jeder, der sein Ziel weit sieht, muß eingeschlossen, daß das bisherige Entlohnungssystem fast der ganzen Gendarbeiter, besonders in der Privatwirtschaft, wie z. B. der Steinindustrie, überholt ist und einer großzügigen Reform bedarf. Bei unseren Lohnverhandlungen und Tarifabschlüssen merkt man gar nichts von der sogenannten Kopfzulage, oder besser ausgedrückt, „der Entlohnung nach dem Familienstand“. Die bisherige Entlohnungsart wirkt auf die beverehrten mit Kindern reich gesegneten Kollegen unsozial und ruft, zum Teil auch mit Recht, unter ihnen Erbitterung hervor. Nicht aus persönlichen Gründen stelle ich mich auf deren Standpunkt, sondern mein soziales Empfinden drängt dazu, diese Zeilen zu schreiben. Nebenbei leben wir gegenwärtig in einer Zeit, in der auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete für die Familie, je nach der Kopfstärke, ein Ausgleich geschaffen werden muß; im Interesse der Volksgesundheit, zum Wohle der gesamten Volksgenossen. Der ledige Kollege, abgesehen von seiner beruflichen Tätigkeit, als der wirtschaftlich stärkere, kann infolge der üblichen gleichen Entlohnungsart den Vorgesetzten in weitefergehender Weise Rechnung tragen. Ferner kann er sich eine zeitgemäße Kleidung leisten. Von all den übrigen Lebensnotwendigkeiten, die Familienväter nicht erfüllen können, will ich Abstand nehmen. Der verheiratete, mit Kindern gesegnete Kollege, als der wirtschaftlich schwächere, muß mit seiner Familie viel entbehren, um sie einigermaßen über Wasser zu halten. Leider herrscht vielfach der Gedanke bei den Gendarbeitern: Warum sollen wir den hinterreicheren Vätern Pein antun? Oder auch heißt es im bekannten, herben Ton: Die mögen sich nach ihrer Decke strecken!

Kollegen! Diese Auffassung, soweit sie als Vorwurf gedacht ist, geht über die Dittschorn und muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Die Schuld hat nach meiner Auffassung nicht der Verdienende selber, sondern unsere bisherige Erziehung, die auf kulturellem und sexuellem Gebiete versagt hat in der Aufklärung und Belehrung. Die vorstehend erwähnte Auffassung als Vorwurf ist also grundsätzlich falsch und ist nur ein Produkt unserer privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Allerdings hat der Krieg manchen guten Keim in der Menschheit vernichtet und Reiz, Beschäftigung, Egoismus in den Vordergrund geschoben. Jeder kennt anscheinend nur das eigene Ich. Gemeininn kommt erst zu allerletzt. Das gilt nicht nur für das Bürgertum und den Bauernstand, auch die Arbeiter lassen sich in dieses Fahrwasser treiben.

Kollegen! Ich frage, soll das so weitergehen? und wie wollen wir Abhilfe schaffen? Meiner Meinung nach muß aus eigener Initiative jeder einzelne Kollege versuchen, von innen heraus den Gemeininn aufzubringen. Weg mit dem Egoismus, weg mit der Geschäftigkeit! An Stelle dessen muß Solidarität und Kollegialität Platz greifen. Sozialistischer Geist muß aus jedem Proletarierherzen flammen! Ein Sinnpruch von August Bebel sagt: „Sozialist sein heißt keineswegs bloß einen Triumph einer bestimmten Partei vorzubereiten, einen bestimmten Teil des Volkes zur Macht zu bringen. Nein, es heißt, arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammen wirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl, als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an Stelle der Jüggeligkeit, der Selbstsucht.“

Kollegen, in diesem Sinne müssen wir wirken, dann erreichen meine Zeilen das, was uns in der gegenwärtigen Zeit so bitter tut. Dann wird es für unsere Führer ein leichtes sein, unsere Interessen vertreten zu können. Treitet allen Gegenströmungen mutig entgegen, überzeugt letztere von der Notwendigkeit einer Entlohnungsmethode, die auch der sozialistischen Weltanschauung entspricht.

Würgstadt a. M. Eduard Behrig.

Oberschlesien vor der Abstimmung.

Von Hermann Salomon-Schwann.

Unsere ober-schlesischen Gewerkschafts- und Parteigenossen stehen im heißen Ringen mit den polnischen Berufsvereinigungen, den politischen polnischen Parteien und der französischen Besatzungsbehörde in Oberschlesien. Laut und immer aufdringlicher

weisen die Korfarttheute das Heil und die Zukunft Polens, dabei weiß selbst der unangenehmste Arbeiter in Oberschlesien, daß Polen nur unter der Gnadenhand Frankreichs sich zu entwickeln und zu behaupten vermag. Jüge Frankreich seine schützende Hand von Polen, würde es seine geliebten Milliarden eintreiben, würde es seine in polnischen Industrien investierten Kapitalien zurückziehen, würde sich der Boyce-Polsta-Glorienschein sehr schnell in Staub und Asche verwandeln. Siege und Triumphe Polens bedeuten es zum Teil seiner Passivität während der Kriegsjahre, zum anderen der nicht gerade weitstehenden deutsch-preussischen Polenpolitik und nicht zuletzt verdankt es seinen Aufstieg und daß sich seine Schutzpatrone erworben, weil Polen sich wie der Kaiser nach beendeter Schlacht auf das zusammendrehende, von allen Seiten gehetzte todwunde Frankreich stürzte, um ihm noch die letzten Stöße abzugeben.

Wie steht es nun mit der Volkswirtschaft Polens. Sie hat, während Polen Kriegsjahre war, außerordentlich gelitten und ist während der Jahre deutsch-österreichischer Okkupation völlig lahmgelegt worden. Im Zusammenhang hiermit wollen wir gar nicht verschweigen, daß unter General Beulers Verantwortung den arbeitenden Schichten Polens schwere Wunden geschlagen wurden. Die Kriegsrequisitionen sind brutal und rücksichtslos ausgeführt worden und machen selbst vor den Maschinen der Textilindustrie Polens nicht halt. Was in dieser Beziehung von preussischen Militärs und Bürokraten gesündigt wurde, muß die deutsche Arbeiterklasse ihren polnischen Klassen- und Gefinnungsgenossen gegenüber wieder gutmachen. Sie haben daselbe Recht auf Wiedergutmachung, wie die französische Arbeiterklasse es von uns in bezug auf Nordfrankreich fordert.

Polens Volkswirtschaft bestand im wesentlichen in der Ausfuhr von Textilwaren, Vieh und sonstigen agrarischen Produkten. Sein Absatzgebiet von Textilwaren war Rußland, für agrarische Produkte überwiegend Deutschland. Der Außenhandel Polens konnte sich nicht entwickeln, da ihm keine schiffbaren Wasserstraßen und keine Meeresküste zur Verfügung standen. Der Export auf dem Landwege lohnte sich wegen der hohen Kosten nur nach benachbarten Staaten. Die Industrie Polens ist, abgesehen vom Industriegebiet Lodz, über den handwerksmäßigen Betrieb nicht hinausgewachsen, ja selbst in Lodz, dem zweiten Manufakturherren, herrschte noch vielfach der Hand- und Kleinbetrieb vor. Die Kohlenwirtschaft Polens war und ist heute noch in bedeutendem Ausmaß auf Einfuhr angewiesen. Das einzige polnische Kohlenbecken befindet sich im Dombrowaer Gebiet, dessen Förderung kaum ein Drittel des Bedarfs deckt.

Aus diesen Tatsachen heraus ist erklärlich, daß Polens Kampf sich um die Erringung neuer Industriegebiete dreht. Polen will sich zu einem großen modernen Industriestaat entwickeln. Es muß infolge seiner imperialistischen Politik der natürlichen Entwicklung hierzu Gewalt antun und von dem polnischen Volke gewaltige Opfer an Menschenleben und Volksgesundheit fordern. Die überstandenen und noch bevorstehenden polnischen Kriege werden dem polnischen Volke Finanz- und Steuerlasten auferlegen, die unmöglich aus dem verarmten polnischen Volke herausgewirtschaftet werden können. Seine augenblickliche Lebensfähigkeit verdankt Polen nur fremdem Kapital. Dieses wird aber nur so lange gegeben, wie es die politischen Interessen der geldgebenden Staaten an einem lebensfähigen und bündnisfähigen Polenstaate erscheinen. Seit wieder einmal ein Wechselsturz in der Auslands politik europäischer Staaten ein- und wer ist töricht genug, diesen nicht mit in seine Berechnung zu ziehen? — wer weiß, ob nicht die jetzt finanzpolitisch interessierten Staaten sehr schnell ihre schützende Hand von Polen ziehen werden. Polen ist mit einem Kartenhaus zu vergleichen, das bei heftigen Stürmen, da die Grundmauern sich auf schwankende Röhre stützen, in sich zerfallen wird.

In Oberschlesien erblickt Polen ein Objekt des heißesten und blutigsten Kampfes wert. Frankreich fördert diesen Kampf und opfert neben Polen Riesensummen zur Beeinflussung der ober-schlesischen Bevölkerung im polnischen Sinne. Frankreich läßt sich hierbei von dem Gesichtspunkt leiten, Deutschland noch mehr zu schwächen und Polen als Bollwerk gegen Osten und Westen für seine Politik einzuspannen. Polen und Frankreich arbeiten in Oberschlesien nach einem vorher vereinbarten Plane. Sie saugen durch ihre Kapitalien die ober-schlesische Industrie auf, leider zeigen sich hiergegen ober-schlesische Industrielle wenig widerstandsfähig. Bereits in einem früheren Artikel wurde von mir dieser Tatbestand festgestellt und die Regierung ersucht, solche deutschen Steuerdrücker auf die Finger zu klopfen.

Bezirkskonferenz

der Schotter- und Pfastersteinarbeiter Mittel- und Südbadens.

Am Sonntag, dem 27. Februar, fand in Offenburg eine Bezirkskonferenz der Schotter- und Pfastersteinarbeiter für Mittel-

und Südbaden statt, die von allen in Frage kommenden Zahlstellen besucht war. Als Gast konnte der Kollege Arnold aus Mannheim begrüßt werden. Nach der Wahl des Bureau, in das der Kollege Arnold als erster, Kollege Gründel als zweiter Vorsitzender und Wannenmacher als Schriftführer bestimmt wurden, referierte Gauleiter Sarfert über unsere Lohn- und Tarifabschlüsse und Lehren daraus. Eingangs seiner Ausführungen wurde erwähnt, daß es vor dem Kriege in Mittel- und Südbaden fast keine Tarife gab für das Schottergewerbe und die Pfastersteinindustrie, als dann in Nordbaden die Organisation selber Fuß gefaßt hatte und Tarifabschlüsse dort möglich waren, konnte man auch mit der Organisation in Mittel- und Südbaden so langsam Boden gewinnen, weil die Kollegen auf dem Lande endlich mal einsehen, daß ohne Zusammenschluß nichts mehr erreicht werden kann. Obwohl in bezug auf Kollegialität und Solidarität noch sehr viel Verbesserung eintreten müsse, könne doch gesagt werden, daß sich die einzelnen Zahlstellen gut gehalten haben. Der Reichsarbeitsrat habe Vorteile für die Kollegen gebracht, denn ohne denselben wäre es kaum möglich gewesen, eine einheitliche Ferienzeit zu erreichen, wir hoffen, daß der jetzt neu abzuschließende Reichsarbeitsvertrag noch verschiedene Verbesserungen bringt. Die Abschließung von Bezirkslohn-tarifen sei mit viel Arbeit und Aufopferung und durch Anpruchnahme des Arbeitsministeriums und der Schlichtungsausschüsse möglich gewesen. Es wurde bedauert, daß ein Landestarif nicht gegliedert ist, der uns zweifellos weit mehr Vorteile geboten hätte, als die Bezirkslohn-tarife.

Kollege Arnold entwickelte ein Bild über die schlechten Organisationsverhältnisse auf dem Lande vor dem Kriege, daß hauptsächlich die katholischen Geistlichen es gewesen seien, die jede Agitationsmöglichkeit verhinderten, aber auch die Denkfähigkeit der Arbeiter sei mit daran schuld gewesen, daß die Organisation keinen Fuß fassen konnte. Kollege Eigner bedauert, daß die Organisation in den Schotterbetrieben erst so spät nachgerufen werden konnte, auch in seiner Zahlstelle lassen die Kollegen in bezug auf die Organisation noch viel zu wünschen übrig, er ging dann auf die Ferienfrage ein und kritisierte das Verhalten der Unternehmer, die als Stichtag für die Ferien den 1. Januar festgesetzt haben und nicht den Tag des Eintritts. Auch mißbilligte er das zustimmende Verhalten der Zentralkommission zu diesem Stichtag. (Der Kollege ist nicht informiert. Red.) An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Meier, Fuchs, Engelmeier, Ehringer und Gründel. Sarfert bezweifelt, daß die Zentralkommission die Zustimmung zu dem Stichtag auf 1. Januar gegeben hat, die Konferenz stellt sich auf den Standpunkt, daß auf alle Fälle der Tag des Eintritts als Stichtag für die Ferien gelten müsse. Kollege Bührer von den Schotterbetrieben Immendingen gibt ein Schreiben bekannt, in welchem der Unternehmer verlangt, daß die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden solle, was aber erzwungenerweise vom Betriebsrat und den übrigen Kollegen abgelehnt wurde. Kollege Ohnemuth-Sornberg befürchtet, wenn bei anhaltendem Regenwetter die Kollegen mehrere Stunden Verlust haben, eben doch der Achtstundentag überfritten würde, weil es den Kollegen bei der jetzigen Bezahlung unmöglich sei, Lohnverluste ertragen zu können; einmütig stellte man sich auf den Standpunkt, unter allen Umständen am Achtstundentag festzuhalten. Zum zweiten Punkt führte Kollege Sarfert aus, daß es Sache der einzelnen Bezirke sei, Lohnbewegungen einzuleiten, und habe dieses durch den Bezirksvorstand zu geschehen. Jeder Bezirk für sich könne Lohnforderungen stellen und sollen solche auf raschestem Weg eingeleitet werden. Um Kosten bei den auswärtigen Tarifverhandlungen zu sparen, soll man möglichst die Betriebsräte oder den Vorsitzenden des Betriebsrats dazu bestimmen. An der Diskussion beteiligten sich Wannenmacher, Fuchs und Pimmelsbach, man war der Auffassung, daß nicht immer die Betriebsräte die geeigneten Personen sind zu Tarifverhandlungen, was unbedingt berücksichtigt werden müsse. Folgende Richtlinien wurden gutgeheißen:

Bei Anträgen von Zahlstellen über Lohnforderungen sind diese zunächst an den Vorsitzenden des Tarifbezirks einzureichen. Dieser hat diese sofort den andern Zahlstellen des Tarifbezirks zur Kenntnis zu bringen zwecks sofortiger Stellungnahme. Nach getroffener Entscheidung der Zahlstellen ist dem Vorsitzenden des Tarifbezirks und der Gauleitung umgehend Kenntnis zu geben. Der Vorsitzende des Tarifbezirks hat dann sofort zu veranlassen, daß zwecks näherer Festlegung der Forderung eine Konferenz der Vertreter des Tarifbezirks stattfindet. In dieser Konferenz sind dann auch die Vertreter zu den Verhandlungen zu bestimmen. Wenn möglich, soll bei solchen Vertreterkonferenzen der Gauleiter teilnehmen.

Gauleiter Sarfert weist unter Punkt 8 darauf hin, daß in den einzelnen Orten noch mehr, wie es bis jetzt der Fall gewesen ist, für die Agitation geschehen müsse.

Die Versammlungen sollen durch kleine Vorträge interessant gestaltet werden, damit der Versammlungsbefuch ein reger wird.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von Dr. Alfred Striemer.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Tschechoslowakei von Deutschland und Österreich ist sehr erheblich. Sie führt aus Deutschland 66 Prozent der Gesamteinfuhr ein und verläuft nach Deutschland 44 Prozent ihrer Ausfuhr; sie führt zwar aus Österreich nur 8 Prozent ein, dafür aber nach Österreich 34 Prozent aus. Nichts Mittel- und Ost-europas zusammen, so verliert die an Naturgaben überaus reiche Tschechoslowakei ihre Lebensmöglichkeit. Die Papierindustrie befindet sich in schwerer Krise; trotzdem ist in Altösterreich eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden. In den Karpaten hat die Republik Salzbergwerke erworben und strebt danach, sich im Salzbezug unabhängig von Deutschland zu machen. Zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist ein Wirtschaftsabkommen getroffen worden. Von besonderer Bedeutung ist der Handel mit Bier, den Erzeugnissen der Knopfindustrie, Walz, Hopfen, Holz, Kalf, Metallwaren und chemischen Erzeugnissen. Die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes wird als wenig befriedigend bezeichnet. Der Inlandmarkt wird beherrscht von der Unübersicht über die Gestaltung der Preise vom 1. März an. Im Januar ist allerdings aus Grund der früheren Abschlüsse, noch eine ausreichende Beschäftigung vorhanden gewesen, doch rechnen die Verbraucher mit einem weiteren, erheblichen Preisabfall und halten daher mit neuen Aufträgen zurück. Nur der allerdringende Bedarf wird von Fall zu Fall gekauft, und vielfach wird verlangt, daß die bestellten Mengen bis zum März zurückgestellt oder bei Februarlieferung zu Märzpreisen berechnet werden sollen. Da zudem der Versand unter den fortgesetzten Streifenperren der Eisenbahn erheblich gelitten hat, werden von der Januarerzeugung bedeutende Mengen auf den Werken liegen bleiben.

Die ausländische Eisenindustrie befindet sich in der bedrängten Lage, ihre Preisermäßigungen durch den Abbau der Gießungskosten in einem nicht unbeträchtlichen Teil auszugleichen. Sie verfügt über billige Kohle in reichlichen Mengen und kann wegen der besseren Lebensbedingungen mit einem allmählichen Lohnabbau beginnen. In Deutschland dagegen sind die Löhne weiter gestiegen. Der Brennstoffmangel verleiht mittelbar den Betrieb und die Herstellung der Inlandfrachten bedeutet für die Werke gleichfalls eine erhebliche Mehrbelastung. Die geringe europäische Hochofenerzeugung (etwa 50 Prozent der Friedenerzeugung) hat einen erheblichen Ersatzschub bei außerordentlich hoher Nachfrage zur Folge. Diese Weltmarktlage machte sich allmählich in empfindlicher Weise auf dem inländischen Erzmarkt fühlbar. Auf dem ausländischen Erzmarkt herrscht vollständige Geschäftstille. Die Frachten sind bis auf 50 Prozent der Dezemberhöhe gefallen, was eine erhebliche Verbilligung der Erze zur Folge hatte.

Die Nierscheider Bergbauindustrie ist sehr ungleichmäßig beschäftigt. Teils haben die Betriebe flott zu tun, auch für das Ausland, teils müssen sie auf Lager arbeiten. Die Feilenindustrie ist beschäftigt. Die Schiffsbauindustrie ist in schlechter Lage; auch die Hersteller von Kesseln für landwirtschaftliche Maschinen sind ungenügend beschäftigt. Eisen und Stahl wird zu jedem Preise abgesetzt, was weitere Zurückhaltung der Stahlarbeiter zur

Folge hat, die gewaltige Lagerwerte liegen haben. Die Nierscheider Großindustrie ist ebenfalls sehr ungleichmäßig beschäftigt, dagegen finden Haushaltungen und Fleischermaschinen überall guten Absatz.

Die Aussichten für die Bautätigkeit 1921 werden von sachverständiger Seite als gütig beurteilt, da der Reichstag beschlossen hat, daß die Industrie 30 M. pro Kopf für den Wohnungsbau aufzuwenden haben. Stadtrat Diefenbach (Wohum) tritt für die Forderung ein, daß die Industrie 20-40 Prozent vom Reingewinn für den Wohnungsbau hergeben solle. Die Wiesbadener Landwirtschaftskammer hat die Landwirte aufgefordert, ihr gehamstertes Papiergeld in Bauten anzulegen. Die Wohnung soll glänzenden Erfolg gehabt haben; nach vier Wochen waren alle Ziegeleien ausverkauft. Die Forderung, Wolkenkratzer in den Großstädten für Geschäftszwecke zu bauen, um Wohnungen freizumachen, haben Aussicht, durchgeführt zu werden. Den Ziegeleien fehlt es zur Zeit an Kohle. Nach Aufhören der Kälte wird bessere Belieferung erwartet. Der Finanzminister hat 20 Millionen M. zur Verbilligung des Bauholzes für Mietwohnungen in Aussicht gestellt. Vor allem ist aber eine schärfere Kalkulation der Baumaterialienlieferanten erforderlich, um die Preise abzubauen zu können.

Auf dem Holzmarkt übt die Absatzstodung im Ausland einen starken Druck aus. Schweden, Finnland, Polen überfluten den Weltmarkt mit Angeboten. Holland, Belgien, England sind gütig. Polen soll seit Januar 500 Waggons Schnittholz nach Deutschland gebracht haben. Das deutsche Riffenbrettergeschäft (akt. Schalbretter aus Ostpreußen) waren mit 400 M. angeboten. In Ostpreußen (Altenstein) stellte sich der Durchschnittspreis ab Wald je Festmeter auf 350-400 M. Diese Preise sind jedoch zu hoch für die Sägewerke, um bei den gedrückten Preisen Absatz zu finden. In Holzschiffreisen sieht man mit Besorgnis der starken Erhöhung der Gütertarife entgegen.

Die deutsche Regierung hat den Austausch von Mais gegen Hafer und Brotgetreide in der Form des Tauschgeschäfts in die Wege geleitet. Die Regierung liefert den Zentner Mais zu 60 M. gegen einen Zentner Hafer zu 67.50 M. (Der Maispreis an der Berliner Börse betrug am 12. Februar frei Rainaggen Hamburg 145 M.) Mit dem Opfer von 85 M. auf den Zentner Mais hofft die Regierung eine verstärkte Ablieferung von Hafer und Brotgetreide zu erreichen, indem den Landwirten zu Futterzwecken der billige Mais geliefert wird. Die folgenden Zahlen sind höchst beachtenswert:

Der Bedarf für 14 Millionen Selbstversorger beträgt 2 010 000 Tonnen, als Deputat sind 500 000 Tonnen, als Saatgut 1 074 000 Tonnen, zusammen 8 584 000 Tonnen zu rechnen, so daß an Weizen und Roggen zusammen noch über 3 1/2 Millionen Tonnen abzuliefern bleiben. Davon sind nach Feststellung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft (Herms) bis zum 29. Januar 788 818 Tonnen Brotgetreide und von Gerste 281 487 Tonnen abgeliefert worden. Die jetzigen verbilligten Maislieferungen sollen bei den Landwirten einsehen, die bereits 70 Prozent ihres Lieferungsalls erfüllt haben. Die bisherige Gesamtablieferung des Brotgetreides von 788 000 Tonnen sind noch bei weitem nicht 25 Prozent des obigen ablieferungspflichtigen Teiles. Wie verlautet, schätzt man in Regierungskreisen die Einkaufskosten für den Zentner Mais auf etwa 190 M., während man 60 M. dafür bekommt.

Als ein besonders gutes Weinjahr erweist sich 1920. Für die Edelgewächse wurden im Dezember 1919 Preise von mehr als 1000 M. die Flasche erzielt. Die Würtemberger sind weniger begünstigt gewesen, dagegen hat Würzburg eine herrliche Weinernte. Am reichsten ist der Segen im Rheingau und in der Rheinpfalz. Die billigsten Weine der 1917er, 1918er 1919er Jahrgänge brachten 10 000 M. das Fuder zu 900 Liter; der 1920er, der alle guten Weine noch übertrifft, wird entsprechend teuer werden. Trotzdem klagen die Winzer über die Lohnforderungen der Arbeiter, obgleich ihnen aus Mitteln der Allgemeinheit verbilligter Zuder für ihre zu ungeheuerlichen Preisen verkaufliche Weine geliefert wurde. Bezeichnend für die heutigen Preise von Weinbergland ist die Tatsache, daß in der Gemartung Waldbödelheim für vier Morgen der phantastische Preis von 100 000 M. bezahlt wurde.

Freude.

Tausendfältig ist das Leben der Erde, groß und weit ist das Gestirne der Welt, und doch würde all diese unendliche Verschönerung nicht möglich sein, wenn nicht ein ewiges Eines wäre, die Sonne. Kein Blümlein würde sein Köpflein reden können ohne das Licht; keine Lerche würde trillern ohne die Wärme. Auch kein Mensch würde sein ohne diesen ewigen Odem der Unendlichkeit. Eifriger Hauch würde auf der Erde lagern.

Aber sie lebt, diese Urmutter alles Seins. Sie lebt, wie sie lebte vor Jahrmillionen. Seit Ewigkeit giebt sie auf die Erde hinab ihr unendliches Licht, das Leben erhaltend, das Leben e n t w i c k e l n d. Sonne war die treibende Kraft, die da vor unendlichen Zeiten im steigenden Chaos lebte, das wir tot nennen, aus dem dennoch in steigender Entwicklung das Leben herausgeboren wurde, das lebendige Sein — durch die Sonne. Und auch dieses Leben wuchs; vielgestaltiger wurde es, komplizierter auch in einzelnen, entwickelter, höher. Und die Krone dieses ewigen Werdens ist der Mensch.

Sonnenkinder sind wir alle, geworden, doch geworden, um weiter zu werden, höher, herrlicher unter dem ewigen Entwicklungshand aus der Unendlichkeit.

Wenn wir am lachenden Tage noch der Sonne uns reden, einatmen ihren warmen Hauch, dann fühlen wir es alle, wie sie der Urquell ist alles Lebens. Und wenn wir so am sonnigen Tage ihre Freude trinken, dann fühlen wir auch, daß diese Freude, die sie uns dann ins Herz gießt, das Leben ist in seiner w u n d e r s a m e n H e r l i c h k e i t. Leben wollen alle Wesen, die Blümchen und die Gräser und was da krumm und fleucht; doch, dieses w u n d e r s a m e Leben, dieses F ü h l e n des Lebens, diese Freude, die uns im Sonnenglanze unser Herz so weit macht und so reich und so groß; d a s i s t das durch die Sonne gewordene Leben in seiner edelsten V o l l e n d u n g.

Geist und Seele ist des Lebens höchste Art, geworden in unendlicher Entwicklung, geworden aber, um weiter zu werden. Das ist das werdende neue Leben im ewigen Sonnenlicht, das Geistliches macht, daß sie weiter blühe, daß sie sich entfalte in immer wonnigerer Schönheit, dieses heilige Etwas, das sich da in unserem drängenden, sehnennden, hoffenden Herzen regt. Der Mensch soll w a c h s e n in diesem Neuen, Wunderbaren. Der Mensch soll Seele sein. Und das Leben soll sein die wachsende Freude dieser Seele.

Entsprechende Literatur soll den Kollegen empfohlen werden, die den Organisationsgedanken fördern. Die Diskussion, an der sich die Kollegen Eigner, Engelmeier und Fuchs beteiligten, bewegte sich in ähnlichem Sinne. Zu Punkt 4 gab der Gauleiter bekannt, daß im nordbairischen Bezirk neue Forderungen gestellt wurden, leider aber nicht alle Zahlstellen davon unterrichtet wurden. Die Gauleitung müsse es ablehnen, solche Forderungen den Unternehmern zuzustellen, wenn nicht alle Zahlstellen im Bezirk davon unterrichtet sind, was von der Konferenz auch gutgeheißen wurde.

Mit dem Wunsche, daß unsere Konferenz von Erfolg und den Kollegen zum Vorteil sein möge, schloß der Vorsitzende die sachlich verlaufene Konferenz.

Freiburg.

Job. Wannenmacher.

Aus den Zahlstellen.

Stettin. Nach den der Redaktion vorliegenden Notizen hat sich ganz plötzlich in der Zahlstelle ein Abwehrkampf als notwendig erwiesen, weil die Arbeitgeber den Ablauf und eine eventuelle Erneuerung des örtlichen Tarifes zu einem ziemlichen und durch die Lebensverhältnisse durchaus unbegründeten Lohnabbau bewegen wollten. Der örtliche Tarif hat wohl mit dem 1. März sein Ende erreicht. Vorschläge zur Erneuerung mit Lohnerhöhung waren rechtzeitig eingereicht und die Erneuerung des Tarifs dem Reichsarbeitsvertrag angepaßt. Am 8. März erhielt die Zahlstelle von den Arbeitgebern folgende, in vielen Punkten recht interessante und eigenartige Zuschrift, und beim Lesen ist man sich nicht recht klar, nach welcher Seite man sie am meisten bewundern soll. Die Arbeitgeber der Stettiner Steinindustrie ließen schreiben:

„Nach eingehender Beratung sind wir bei Berücksichtigung aller für die Lohnfestsetzung in Frage kommenden augenblicklichen Verhältnisse zu dem Entschluß gekommen, eine weitere Lohnerhöhung abzulehnen zu müssen, da dieselbe in keiner Weise gerechtfertigt ist. Weitere Tarifvereinbarungen bebauern wir ebenfalls nicht treffen zu können, da einzig und allein der Reichsarbeitsvertrag die entsprechenden Regelungen vorsieht.

Zeitgemäß ist eine Herabsetzung der Löhne und das Verlangen nach Akkordarbeit, wie dies in vielen Orten und Großstädten bereits eingeführt ist. Nach Beschluß unseres Reichsverbandes ist der heutige Steinmetz nicht mehr als Saisonarbeiter anzusehen und können wir deshalb in Zukunft die für für Saisonarbeit berechtigten hohen Löhne der Bauhandwerker für unsere dauernd beschäftigten Leute nicht mehr bewilligen. Um einer weiteren Lahmung unserer Geschäfte vorzubeugen, haben wir unsere Preise bereits herabgesetzt und müssen deshalb auch die Löhne reduzieren, und zwar vorläufig für Männer um 50 Pf. und für Frauen um 25 Pf. pro Stunde. Diese neuen Löhne werden wir ab 15. März in Kraft setzen und wollen Sie davon Kenntnis nehmen.

Wir behalten uns vor, bei weiterer Verbilligung der Lebensmittel die Löhne weiter herabzusetzen.“

Unterzeichnet ist die Mitteilung mit „Landesverband 8 Pommeren B. des Degrau. B. Bezirksgruppe Stettin. Vorf. Georg Hepp.“ Ja, sie besitzen Schneid die Arbeitgeber unserer Industrie in Stettin. Sie beschließen und dekretieren und behalten sich weiteres vor. Der Beschluß über Saisonarbeit, Bauhandwerkerlöhne ist geradezu töricht, ob die Stettiner Arbeitgeber glauben, mit Beschüssen Lasten aus der Welt zu schaffen? Wenn ja, dann haben sie gewiß ihren Beruf verfehlt und sind noch zu Höherem erlören. Vorläufig erkennen wir das aber noch nicht an und wenn die Stettiner Arbeitgeber mit ihrem Reichsverband zehmal sagen, die schwarze Platte ist weiß, bleibt sie immer noch schwarz für uns. Schlecht informiert sind sie jedenfalls auch über den Reichsarbeitsvertrag, sie wollen keine weitere Vereinbarung und berufen sich auf den Reichsarbeitsvertrag. Dabei ist dieser ein Mantelvertrag, seine Anerkennung hat örtliche oder bezirkliche Lohnvereinbarungen zur Folge; auch in Stettin! Warum also solch ein Geschreibsel? Dann stehen die Sachen doch so, daß nicht einfach die eine Seite hantiert, wie es ihr beliebt, sondern daß auch die Arbeiter ein Wort mitzureden haben, wie die Löhne sein sollen, und zwar ein ganz wichtiges, Ihr Herren Arbeitgeber. Bei der Beratung darüber wäre es sicher angebracht, wenn die Arbeitgeber ganz einmündig durch Bücher und Belege nachweisen würden, was Rohmaterial, Arbeitslohn, Geschäftskosten und ihr eigener Verdienst ausmacht; damit auch die Arbeiter feststellen können, ob die Arbeitgeber infolge der „billigen“ Lebensmittel nicht etwa zuviel verdienen; denn wir sind immer für Parteilich, glauben aber annehmen zu dürfen, daß die Arbeitgeber in solchen Fällen nicht mitmachen. Warum? Nun, das sagen wir schon ein andermal!

Unsere Kollegen haben selbstverständlich Stettin zu meiden, denn wenn die Arbeitgeber durch ihre eigene persönliche Arbeit nachweisen wollen, daß der Steinmetz dauernde Arbeit hat, kein Saisonarbeiter ist, und daß er infolge der billigen Lebensmittel 60 Pf. pro Stunde, Tag 4 M., Woche 24 M. zuviel verdient usw., dann darf kein Kollege die Arbeitgeber in ihrem Döhl stören, so etwas kurziert nur die Erfahrung!

Eisenach. Am 22. Januar 1921 fand unsere Generalversammlung statt. Sie beschäftigte sich im ersten Punkt mit dem Parteibericht. Am den Opfern des Rapp-Bußes ein würdiges Denkmal zu setzen, wurde beschlossen, daß pro Mitglied 2 Mark vorläufig aus der Ortskasse ausgelegt werden, die später dann durch Pflichtarbeiten wieder eingezogen werden. Im Jahresbericht gab der Vorsitzende einen Überblick. Es wurden 8 Versammlungen und 2 Besprechungen abgehalten. Vier Versammlungen konnten wegen schlechten Wetters nicht stattfinden. In den Versammlungen wurden alle gewerkschaftlichen Tagesfragen erledigt. In den Besprechungen wurde die Stilllegung des Betriebes Conrads und die Unterstützung der hiesigen Volkszeitung besprochen. Wegen Lohnerhöhung mußten wir im verflorenen Jahr siebenmal bei den Unternehmern vorstellig werden. Der Lohn gestaltete sich von 2,25 Mark im Januar auf 5,75 Mark im Juli. Steinmetzen und Schleifer konnten im Juli gleich hohen Lohn erzielen. Die letzte Forderung im Dezember blieb ohne Erfolg. Auch wurde versucht, einen Bezirkstarif für den Bezirk Thüringen zu schaffen, konnte aber leider bis heute nicht erreicht werden. Der Schlichtungsausschuß wurde zweimal im verflorenen Jahr angerufen, einmal wegen Lohn und einmal wegen rechtsmüdriger Entlassung eines Kollegen. Beide Schiedsprüche fielen zugunsten der Kollegen aus. Die Arbeitslosigkeit war sehr trübe, am 22. Januar 1920 entließ Konrad die Beschäftigten. Es wurden 22 Kollegen arbeitslos, und sie blieben es zu 1/2 Jahr. In allen anderen Geschäften war die Tätigkeit wie gewöhnlich. Am Ende des Jahres wurde seitens des Vorstandes eine Eingabe wegen Verbot von Kunstfeindemälern auf dem Friedhof an den Gemeindevorstand gemacht. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Im 3. Punkt, Kasfenbericht gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren für richtig erklärt wurde, und der Gesamtvorstand wurde entlastet. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des Jahres 35. Fünf Kollegen sind zur Arbeiter-Union übergetreten. Im 4. Punkt, Neuwahl, wurde als Vorsitzender Kollege Böll, als Kassierer Kollege Faber, als Schriftführer Kollege Schied und als Revisoren die Kollegen Bergmann und Müller gewählt. Zu Punkt 5, Verschiedenes, wurden 50 M. zur Stiftung eines Denkmals für unsern Kollegen Staudinger bewilligt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß in Eisenach eine freie Volkshöhle errichtet ist, und empfiehlt rege Beteiligung. Wegen der Lohnfrage wurde beschlossen, nochmals unsere Forderung den Unternehmern zu unterbreiten und eine Verhandlung darüber herbeizuführen.

Bensheim. Injere am 23. Januar stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Den Kasfenbericht, haben sich die Abrechnungen im abgelaufenen Jahr glatt abgewickelt. Besonders günstig hat sich unsere Lokalkasse entwickelt, so daß wir hoffen können, durch weiteren Ausbau unserer Finanzen dem kommenden entgegen zu sehen. Einen Rückblick auf das verflorene Jahr gab der Bezirksleiter, Kollege Weidenhamer. In feierlicher Weise sprach er über den Wert der Gewerkschaften und betonte, daß Einigkeit und nur Einigkeit der Arbeiterhüter tut. Seine Ausführungen waren von den Gehörten getragen, daß mit allen Zerplitterungsversuchen entgegen

arbeiten müssen. Die Einheitsfront in den Gewerkschaften muß erhalten bleiben, die Massen gesamt und zu überzeugten Kämpfern herangebildet werden. Der über eine Stunde dauernde Vortrag fand den lebhaften Beifall der Versammlung. Alsdann gab Kollege Bernius den Bericht über die Verhandlungen in Leipzig. Der Reichslohnstarif wurde der üblichen Kritik unterzogen und die Einführung des Tagelohns verlangt. In der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende, Kollege Pongrag, teilte noch mit, daß die Firma Kiedlinger an die Kollegen das Ersuchen stellte, in den nächsten sechs Wochen täglich 10 Stunden zu arbeiten. Erfreulicherweise lehnten die Kollegen dies einstimmig ab mit der Begründung, daß es in unserer Gegend an Arbeitskräften nicht mangelt. Zum Schlusse wurde noch der Zusammenschluß mit dem Bauarbeiter-Verband besprochen. Der vorgeschrittenen Zeit halber wurde diese Angelegenheit auf eine spätere Versammlung zurückgestellt.

Gliederung der Zahlstellen und deren Mitglieder in unserem Verband nach Ortsgrößenklassen am 31. Dez. 1920.

	Zahlstellen	Mitglieder
Plattes Land (0 te bis 2000 Einwohner)	238	20 956
Landstädte (2000—5000 Einwohner)	79	7 352
Kleinstädte (500—2000 Einwohner)	63	10 001
Mittelfstädte (0000—100000 Einwohner)	59	2 128
Großstädte (über 100000 Einwohner)	36	5 039
Zusammen	475	45 476

Das prozentuale Verhältnis von Mitgliedern und Zahlstellen nach obiger Gliederung ergibt folgendes Resultat:

	Mittel 1913	Mittel 1920	Zahlstellen 1920
	Proz.	Proz.	
Mitglieder auf dem platten Lande	41,00	46,03	50,10
Mitglieder in Landstädten	10,30	16,16	16,63
Mitglieder in Kleinstädten	23,60	22,00	13,26
Mitglieder in Mittelfstädten	11,80	4,68	12,43
Mitglieder in Großstädten	13,30	11,08	7,58

Auf jede Zahlstelle entfallen im Durchschnitt für 1920 = 95,8 Mitglieder (1913 = 84 Mitglieder).

Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt, haben die Zahlstellen durchschnittlich eine Mitgliederzahl:

	1913	1920
In Preußen	98,8	89
In Bayern	66,3	87,1
In Sachsen	191,8	182,3
In Württemberg	44	49,3
In Hessen	51,3	73,7
In Baden	42	66,1
In Freie Städte	106,2	183,1

Schon in früheren Jahren wurde bei uns darauf verwiesen, daß die Ausbreitungsmöglichkeit unseres Verbandes nur auf dem Lande gegeben ist. Die vorstehende Gliederung der Mitgliederzahl vom 4. Quartal 1920 nach den verschiedenen Orten beweist dies deutlich. Hierbei fällt ganz besonders das Steigen der ländlichen Mitgliederzahl, sowie die dortige Zahlstellenvermehrung auf. Seit 1913 ist die Mitgliederzahl auf dem platten Lande, in 175 Zahlstellen, mit 12509 Mitgliedern, auf 238 Zahlstellen mit 20956 Mitglieder im 4. Quartal 1920 geiegen. Auch bei den Landstädten ist eine ziemliche Steigerung der Zahlstellen von 43 auf 79 und in der Mitgliederzahl von 3196 auf 7352 zu verzeichnen; während in den übrigen Städten die Ziffer der Zahlstellen fast die gleiche geblieben, ist jedoch die Mitgliederzahl nicht unbedeutend zurückgegangen. Der Grund hierzu ist hauptsächlich in der mangelnden Verwendung des Materials zu Bauzwecken, wie überhaupt in der danniederliegenden Baukonjunktur zu suchen. Der Zurückgang der Natursteinindustrie spiegelt sich auch in der gesunkenen Durchschnittsmittgliederzahl der einzelnen Volksstaaten wider. Besonders in den sächsischen und preussischen Zahlstellen ist dies ersichtlich; trotzdem durch die Revolution Tausende von Kollegen Anschluß an ihren Verband suchten. Einen kleinen Vorsprung weisen nur die übrigen Volksstaaten auf. Dort war — mit Ausnahme der freien Städte — der Organisationsgedanke den Massen noch nicht so geläufig wie größtenteils in Sachsen und Preußen.

Nach eingehenden Berichten ist unsere Mitgliederzahl wieder im Steigen begriffen. Die an vielen Orten einziehende Belegung der Industrie führt uns die Kollegen zur-ück, die vorübergehend in anderen Berufen tätig waren. Auch an Neulingen fehlt es nicht, die bisher in anderen Berufen ihren Lebensunterhalt erwarben.

Es gilt nun, unsere Berufsverhältnisse so zu gestalten, daß sich alle Angehörigen unseres Berufes in ihm wohl fühlen. Die Vorbedingung hierfür ist nach wie vor eine festgefügte Organisation. Deshalb muß die Stärkung unseres Verbandes jedem Mitglied oberste Pflicht sein!

Teuchtingen. Am 23. Januar fand die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirkskonferenz, 2. Vorlesen des Protokolls und Quartalsabrechnung vom 4. Quartal 1920, 3. Jahresbericht, 4. Neuwahl der Ortsverwaltung, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende Bericht von der Bezirkskonferenz. Beim 2. Punkt verlas der Schriftführer das Protokoll und der Kassierer die Abrechnung. Letztere war geprüft und von den Revisoren bestätigt. Der Vorsitzende entrollte dann ein Bild über das verflorene Jahr, wies die Anwesenden an Hand von Beispielen auf die Notwendigkeit der Organisation hin und forderte zugleich die Versammlung auf, fernerhin fest zusammenzuhalten, um den immer schwieriger werdenden Verhältnissen gewachsen zu sein. Die gesamte Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag eingebracht, möglichst rasch eine Bezirkskonferenz einzuberufen, um zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Die Diskussion erreichte ihren Höhepunkt, als die „Bezirksleiterfrage“ angeschnitten wurde. Bekanntlich ist diese Angelegenheit zurückgestellt worden bis zum Februar 1921 (laut Beschluß einer Bezirkskonferenz). Die Debatte endete mit der Annahme nachstehender Resolution: „Die Zahlstelle Teuchtingen hält den Zeitpunkt zur Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters im Juragebiet noch nicht für gekommen und kann sich von der Notwendigkeit eines solchen nicht überzeugen. Sie läßt sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten: Die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters ist zweifellos eine Belastung der allgemeinen Verbandsfinanzen. Die Frage, ob im Juragebiet ein solcher notwendig ist oder nicht, hätte vor dem Verbandsstag erörtert werden sollen. Desgleichen auch, ob ein solcher von den in Frage kommenden Steinarbeitern gewünscht wird oder nicht. Es sind aber hier die Steinarbeiter des Juragebiets vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die Zahlstelle Teuchtingen ist nach wie vor der Anschauung, wenn das Juragebiet vom Gauleiter richtig vertreten wird, sich die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters bis auf weiteres erübrigt, und wird unter Berücksichtigung sämtlicher hiermit entsprechenden Umstände in der Bezirksleiterfrage eine ablehnende Haltung eingenommen.“ Der Vorsitzende ermahnte nochmals die

Kollegen, insbesondere die Funktionäre, auf dem Posten zu sein, gab seiner Befriedigung Ausdruck über die fast einstimmige Wiederwahl, welche für ihn der Beweis ist, seine Schuldigkeit getan zu haben, und schloß somit die gutbesuchte Versammlung.

Gefrees. Am 9. Januar fand im Volkshaus unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kasfenbericht, 3. Neuwahl, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, wobei er u. a. ausführte, daß das verflorene Jahr für uns als ein schlechtes zu bezeichnen sei, denn unsere Löhne stehen weit im Hintergrund zu dieser enormen Teuerung. Der Kassierer erstattete den Kasfenbericht. Von den Revisoren wurde Entlastung beantragt, die einstimmig erteilt wurde. In die Vorstandswahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender Georg Weidenhamer, 2. Vorsitzender Georg Grabl, Kassierer Konrad Weidenhamer, Schriftführer Hans Beeh, Revisoren Konrad Schaller und Georg Blechschmied. Unter Punkt Verschiedenes wurde eine örtliche Tarifkommission gebildet. Nachdem einige örtliche Angelegenheiten behandelt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Mahnwort Treu zum Verband zu halten, die Versammlungen gut zu besuchen, nur dann können wir unser Ziel erreichen.

Fürstenstein (Bayr. Wald). Am 2. Januar lagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Zunächst kamen zur Besprechung die bereits früher geschiederten Angaben in Nummer 49 des „Steinarbeiter“, Jahrgang 24, in Sache der Orts- und Bandkrankenkasse in Passau. Herr Bernalter Eibl der erwähnten Krankenkasse war anwesend und mußte auf Grund des vielen Beweismaterials die Aussagen über die Krankenkasse ohne weiteres als berechtigt zugeben und bejahen. Manches unangenehme Wort fiel hierbei auch über die Schriftleitung des „Steinarbeiter“, da uns in dieser Angelegenheit eine weitere Debatte im „Steinarbeiter“ abgelehnt wurde und wir somit trotz der wehren Begehrenheiten als Aufsteller von falschen Tatsachen vor der Öffentlichkeit stehen. (Das ist wohl etwas starker Tabak; die Zahlstelle ist genügend zum Wort gekommen, soweit es für die Öffentlichkeit des Berufes von Bedeutung war; der dann folgende Kleinrat mußte schon am Ort mit der Kasse ausgetragen werden. Red.) Es folgte dann die Wahl des Vorstandes. Die alten Verwaltungsfunktionäre wurden einstimmig wiedergewählt mit Ausnahme der Revisoren, für welche die Kollegen Heinrich Buchbauer und Franz Wieninger bestimmt wurden. Da der Kassierer die Quartalsabrechnung zu dieser Versammlung nicht fertigstellen konnte, fand am 15. Januar abermals eine Versammlung statt, in der dann nach Befestigung dem Kassierer Stöger volle Anerkennung und Lob für seine musterhafte Buchung ausgesprochen wurde. Hierauf wurde das Resultat der Teuerungszulagen-erhöhungs-Unterhandlungen bekanntgegeben, was in Anbetracht der hohen Teuerung als viel zu niedrig bezeichnet wurde. Ferner dankte Kollege Alois Neumüller in warmen Worten im Namen aller Anwesenden, der Vorstandsführer für ihre mühevollen Arbeit. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende alle Kollegen, auch in diesem Jahr in der Mitarbeit für die Gewerkschaftsbewegung nicht zu erlahmen.

Osnabrück. Am Sonntag, dem 23. Januar, fand unsere Jahresversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Bericht der Lokalkommission; 3. Verschiedenes. Da unser Vorsitzender Buhr abgereist ist, wurde Kollege Helbig gewählt, Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Sodann gab die Lokalkommission Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß. Unsere Forderung war 20—25 Prozent Zulage auf die zur Zeit bestehenden Löhne. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses lautet, allen in den Marmor- und Steinmetzbetrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ist eine Zulage von 1 M. pro Stunde ab 1. Januar 1921 zu zahlen. Der Schiedspruch wurde von uns angenommen. Wie sich die Unternehmer zu dem Schiedspruch stellen, wissen wir noch nicht, da die Bedenkzeit von 8 Tagen noch nicht verstrichen ist. Im Punkt Verschiedenes kam unter anderem auch ein Schreiben vom Gauleiter Etkhödel zur Diskussion, weil daraus zu entnehmen war, daß sich der Vorsitzende des Deutschen Steinindustrierverbandes, Herr Eduard Buß, von Ortsgruppe Grubmahl Osnabrück an die Zentrale gewandt hat um Abschließung eines Bezirkstarifs für Osnabrück, Ibbenbüren, Vengerich, Recke, Antum, Diepholz, Sulstingen, Trostingen, Bramsche und Meppen. Mit was für Wirtelzügen Herr Buß hier zu operieren versucht, ist einfach wunderbar. In den ganzen 11 Ortsteilen wird außer Osnabrück und Ibbenbüren wohl kaum ein Steinmetz zu finden sein. Da nun wir Osnabrücker Kollegen so schon mit unserem Lohn noch im Rückstand sind, hält Herr Buß es angeheuer für angebracht, mit uns auf die Dörfer zu ziehen. Aber nein! Herr Buß, auf diesen Leim gehen wir nun doch nicht ein. Der Bezirk des Unternehmerversandes umfasst Osnabrück, Ostfriesland, Oldenburg und Bremen. Da aber Ostfriesland, Oldenburg und Bremen bedeutend mehr Lohn zahlen wie Osnabrück, so ist es selbstverständlich, daß diese für den Bezirkstarif des Herrn Buß nicht in Frage kommen sollen. Wir sind nicht abgeneigt, einen Bezirkstarif abzuschließen, wenn uns die Osnabrücker Unternehmer mit unsern nächsten Nachbarnstädten auf eine Stufe stellen wollen. Dann ist auch noch zu fragen, wie sich unsere Kollegen in den in Frage kommenden Städten dazu stellen. Es ist angebracht, daß wir uns mit dieser Sache eingehend befassen und in Prüfung treten mit Oldenburg, Bremen und was sonst noch in Frage kommen könnte. Am Schluß der Versammlung verabschiedete der neue Vorsitzende, nach bestem Können die Interessen der Zahlstelle wahrzunehmen und bittet in dieser Hinsicht um Unterstützung.

Augsburg. Am 23. Januar fand unsere General- und Bezirksversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Steinbauer hieß besonders die Delegierten willkommen und gab sodann einen sehr ausführlichen Jahresbericht, der ersehen ließ, daß im vergangenen Jahr sehr viel Arbeit geleistet wurde. Hierbei erklärte er auch, warum wir zur Zeit tariflos dastehen. Unsere Arbeitgeber wiesen uns wiederholt auf den kommenden Reichsarbeitsvertrag hin, bei dessen Beratung der Bund bürgerlicher Arbeitgeberverbände nicht zugezogen wurde. Anschließend gab der Kassierer den Kasfenbericht. Bei der Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Kollege Anton Mahr gewählt. Sodann verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Ministerium für soz. Fürsorge, welches mitteilt, daß der vom Landeseinigungsamt gefällte Schiedspruch abgelehnt ist und somit unser fünfwöchiger Streit im November resultatlos verlaufen ist.

Düsseldorf. Am 29. Januar fand im Volkshaus unsere Quartalsversammlung statt. Nach erledigtem Kasfenbericht wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß wir ein sehr bewegtes Jahr hinter uns haben. Die vielen Lohnbewegungen haben unsere Lokalkasse schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bilanz ergab ein Defizit von 200 M. gegen das vorige Jahr, mußten doch allein von der Lokalkasse an Wohnlohn, Speise und Delegationen über 1000 M. ausgebracht werden. 1450 Beitragsmarken wurden verkauft. Die Mitgliederzahl ging von 31 auf 28 zurück. Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl. Als Revisoren wurden die Kollegen Rob. Weins und Joh. Frankenheim neugewählt. Kartelldelegierter wurde Kollege H. Schubert. Zum Denkmals für den verstorbenen Kollegen A. Staudinger wurden 50 M. bewilligt. Diese Summe soll durch Sammlung wieder eingebracht werden. Im Punkt Verschiedenes wurde auch auf das Zunehmen des Kunstfeindes hingewiesen. Der Kampf gegen den Kunstfeind wird dadurch sehr erschwert, weil in verschiedenen Grubmahlbetrieben, wo früher hauptsächlich Naturstein bearbeitet wurde, man jetzt selbst Kunststein herstellt oder bezieht. Der hiesige Stadtbaumeister, sowie der Friedhofsinспекtor sind auch eifrige Befürworter des Kunststeins. Wurden doch kürzlich noch auf dem hiesigen Nordfriedhof die Einfriedigungen der Anlagen aus Kunststein hergestellt, desgleichen die Denkmäler auf dem Ehrenfriedhof. Alles wurde von auswärts bezogen. Von der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, die Zentralkommission möge hier einmal eingreifen.

Demnig-Thumli. Am 23. Januar fand in Thumli eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich in erster Linie mit der schwerwiegenden Teuerungszulagenbewegung befaßte. — Die Verhandlungskommission gab einen ausführlichen Bericht in allen Einzelheiten und konnte nur bedauern, daß die Unternehmer nicht zu bewegen waren, Zugeständnisse zu machen. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Arbeiterhüter nun das Arbeitsministerium um Vermittlung angehe. Unter Gewerkschaftlichem ließ ein Antrag Kettner ein, die 5 Stützpunkte von der Versammlung anzunehmen. Kollege Wendler stellte den Antrag, die Vermittlung mit einem größeren Verbände vorzunehmen und nicht erst zu warten, bis es der Zentralkommission (?) ist. Nachdem von Kollegen Stadler und Schulz

Andern Kollegen zur Angelegenheit gesprochen worden, wurde beschloffen, beide Anträge in der nächsten Versammlung zu behandeln. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß am 1. Februar der freigeberische Betriebsurlaub beginnt und forderte zur regen Teilnahme auf. Die Listen zu freiwilligen Gaben für die streikenden Tabakarbeiter wurden ausgegeben und aufgefordert, rege zu zeichnen.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. In Marktbrief bei der Firma Gg. Michel wurde dem Kollegen G. Hupp beim Holztransportieren mittels elektrischen Krans ein Bein gebrochen.

Demis-Thumisch. Die Ausstellung der an der hiesigen Steinmetz- und Gewerbeschule im Laufe des Schuljahres gefertigten Zeichnungen und anderen Schularbeiten findet Sonnabend und Sonntag, den 12. und 13. März, von vorm. 9 bis nachm. 5 Uhr in den oberen Räumen der hiesigen Schule statt. Die Entlassung der Schüler erfolgt Montag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr.

Kriegergedenktafeln im Münchener Justizpalast für die von ganz Bayern gefallenen Justizbeamten, Notare und Rechtsanwälte sollen rechts und links vom Haupteingang zum Sitzungssaal des Justizministeriums angebracht und aus Studmarmor hergestellt werden. Die Kosten für die Gedenktafeln sind von den Justizbeamten durch eine Sammlung aufgebracht worden, mag sein, daß die vorhandene Summe oder auch weil die Innendekoration des Justizpalastes nur Studmarmor bisher aufweist, zu obigem Beschluß der Justizbeamten geführt hat. Trotzdem ist es ein unerfreulicher, denn in Bayern ist edles und wirklich gutes Marmorgestein in Gülle und Fülle vorhanden.

Abgewehrt! Unseren Lesern wird in Erinnerung sein, daß wir in Nr. 3 eine Bekanntmachung des preussischen Ministeriums (Volkswohlfahrt) behandelten, die eine eventuelle Beschränkung der Erwerbslosenunterstützungsdauer auch für Steinarbeiter in Erwägung zog. Mit dem 15. Februar ist nun für die in unserem Artikel erwähnten anderen Beschäftigungsarten zum Teil eine Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen erfolgt. Die Arbeiter aus der Steinindustrie sind von dieser Maßnahme nicht betroffen!

Gewerkschaftliches. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) hat an die ihm angeschlossenen Organisationen ein Rundschreiben erlassen, in dem die Landesorganisationen aufgefordert werden, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es sei „unzulässig, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten stauen.“ Die Zentralen werden deshalb aufgerufen, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und zu verstärken. Das Rundschreiben hat als Grundlage die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zeigt auf die Widersprüche hin, daß in England, Amerika, Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen von Männern, Frauen und Kindern die Kleidung mangelt. „Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Valutadifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen in Anspruch nehmen würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Regierungen und Völker der Entente-Länder eine Denkschrift verbreitet über die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Beschlüsse der Pariser Konferenz. Ob die großen Weltpolitiker der Entente dieser Schrift Beachtung schenken, ist mehr wie fraglich, die Vorgänge in London lassen das Gegenteil erkennen. Welche Wirkung die Pariser Beschlüsse auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben und auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft ausüben müssen, wird undeutlich und eindringlich in knappen Rügen dargelegt. Der Wille zum Wiederaufbau betont, und das schöne Zurückweisen seitens der Entente, dem Willen auch die Tat folgen zu lassen, wird nicht vergessen. Eine Statistik gibt klare Auskunft über Lebenshaltung, Lohn und Teuerung der Arbeiterschaft. Die Lebenshaltung ist seit 1914 um das Fünffache im Durchschnitt gestiegen. An der Hand von einzelnen Orten und Berufen aus allen Gegenden Deutschlands wird nachgewiesen, daß 3 Gruppen in der Lohnsteigerung zu beobachten sind. Die 1. weist 5fache, die 2. Gruppe 6 1/2fache und die 3. Gruppe 4fache Steigerung der Löhne nach; im Durchschnitt das Achtfache. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit (Rohstoffmangel, Kohlenmangel) werden hervorgehoben. Die Verwirklichung der Pariser Beschlüsse sei für die deutsche Arbeiterschaft gleichbedeutend mit der Einführung der Sklaverei; die sie aber auch deswegen ablehne, weil sie überzeugt ist, daß die Erfüllung der von der Entente erhobenen Forderungen unbedingt dazu führen müßte, auch die Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern auf das schwerste und nachhaltigste zu gefährden und zu erschüttern. Die Schrift schließt: Die deutsche Arbeiterschaft will sich mit all ihrer Kraft und Energie am Wiederaufbau der Welt beteiligen — aber sie verlangt auch Luft und Licht zum Leben. Das ist jedoch nur möglich, wenn der Geist der Menschlichkeit und der Vernunft obwaltet. Daß dies bei den bevorstehenden Verhandlungen in London geschehen möge, wünscht im Interesse der gesamten Menschheit und vor allen Dingen im Interesse des blutenden Europa der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.

Soziales, Kinderzahl und wirtschaftliche Lage. Je höher die Kultur, um so geringer ist die Kinderzahl, weil Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und dergleichen mit steigender Kultur auch steigen. Darum ist die Kinderzahl bei den Kulturvölkern geringer als bei den Naturvölkern. Und darum ist es erfreulich, daß auch die Kinderzahl im Proletariat geringer zu werden beginnt. Eine größere Kinderzahl ist dann nur ohne gesundheitliche Beeinträchtigung der Eltern wie der Kinder möglich, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Aber sie sind beim Proletariat nicht erfüllt. Und darum stirbt ein großer Teil der Kinder in den kinderreichen Familien wieder. Während die Fruchtbarkeit der untersten Klasse in einer englischen Statistik die der obersten um 50 Prozent übertrage, war die Kinderzahl im Endeffekt nur um 35 Prozent größer, weil in der untersten, kinderreichen Klasse verhältnismäßig viel mehr Kinder gestorben sind als in der obersten kinderarmen Klasse. Unter dem Zwange dieser wirtschaftlichen Voraussetzung stehen die Menschen aber auch unbewußt, denn, und darauf weist Fehlinger in einer Arbeit in der Zeitschrift für soziale Hygiene hin, das Auf und Ab der Geburtenziffern stimmt vom Beginne bis fast zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Hauptsache mit der Preisbewegung überein. Die erste Voraussetzung zu einem wachsenden gesunden Volke ist darum der gesunde wirtschaftliche Boden, und es ist künstlich, einen Geburtenreichtum zu fördern, ehe die soziale, wirtschaftliche Voraussetzung dafür vorhanden ist.

Der amerikanische Schutz der jugendlichen Arbeiter ist nicht sehr groß. Dennoch sind manche Staaten der nordamerikanischen Union vorbildlich. So besteht, wie die Amerikanische Vereinigung für Arbeiterschutz mitteilt, in mehreren Staaten ein gesundheitlicher Überwachungsdienst für die in Fabriken, hier und da auch für die im Handwerksbetriebe tätigen Jugendlichen. In Kentucky ist die Beschäftigung Jugendlicher von einem ärztlichen Zeugnis abhängig gemacht, das nicht nur die allgemeine Tauglichkeit, sondern auch die besondere Tauglichkeit für die bestimmte Arbeit zu bestätigen hat. In New York werden die jugendlichen Arbeitnehmer periodisch untersucht.

Internationaler Kampf. In Japan arbeitet der Arbeiter noch 12—18 Stunden am Tage. Zusammenschlüsse von Arbeitern waren bis in die jüngste Zeit verboten, weil durch sie diese hohe Arbeitszeit hätte herabgesetzt werden können. Nach den Beschlüssen der Internationalen Konferenz soll erst bis zum Jahre 1922 die 9 1/2stündige Arbeitszeit in Japan zur Durchführung kommen.

Und wegen dieser sozialen Rückständigkeit des Landes war es Japan möglich, vor dem Krieg auf dem Weltmarkt die rücksichtslose Konkurrenz auszuüben, die wieder vielen Tausenden von Arbeitern in den anderen Ländern von Schäden war. Das zeigt, daß der internationale proletarische Kampf nicht im Interesse des Proletariats allein ist, sondern auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft.

Neuwahlen bei den Ortskrankenkassen. Ende dieses Jahres läuft die Wahlzeit der derzeitigen Vorstands- und Ausschussmitglieder der Ortskrankenkassen ab und müssen deshalb Neuwahlen allgemein durchgeführt werden. Hierauf wird schon jetzt hingewiesen und eruchtet, den diesbezüglichen Bekanntmachungen besonderes Augenmerk zuzuwenden, damit die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewahrt werden können. — Bei der Ortskrankenkasse Passau-Land sind die Wahlen auf Ersuchen einzelner Mitglieder zufolge Vorstandsbeschlusses bereits ohne Stimmabgabe durchgeführt. Die Wahl war auf 27. Februar 1921 angefertigt und ordnungsmäßig veröffentlicht. Da innerhalb der satzungsmäßigen Frist keine Vorschlagsliste einging, entfiel die Vornahme der Wahl; der Vorstand wollte aber bei Erstellung des von ihm satzungsmäßig aufzustellenden Wahlvorschlages die Wünsche der Arbeitnehmerorganisationen berücksichtigen und erließ an diese Einladung zu einer Besprechung. Das Gewerkschaftssekretariat des Gewerkschaftsvereins Passau überreichte hierbei eine Vorschlagsliste, welche vom Vorstand bei Aufstellung seines Wahlvorschlages in vollem Umfange berücksichtigt wurde, soweit dies möglich war. Hierbei ergab sich nämlich wiederum, daß einzelne Arbeitnehmer, welche schon längere Zeit in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen und denen auch vom Arbeitgeber die treffenden Beiträge bei der Lohnzahlung abgezogen wurden, nicht zur Kasse angemeldet waren! Hier müssen die Arbeitnehmer mit der Kasse zusammenwirken, insbesondere aber auch dafür sorgen, daß die Beiträge dem tatsächlichen Arbeitsverdienst entsprechen. Denn nur hierdurch wird eine ordnungsmäßige Kassenführung ermöglicht und erhalten dann die Versicherten die Leistungen in der zutreffenden Höhe gewährt.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 19. Februar bis 5. März 1921.
Berford Inf. 20.—, Martinlamy Inf. 28.—, Radelshausen 13.—, Finsterwalde 50.—, Torgau Inf. 32.60, Genthin Inf. 10.50, Schwebenried 44.32, Waldbrunn 41.40, Wildschütz 960.—, Schriesheim 800.—, Winterhausen 450.—, Böbba 109.06, Frankfurt a. M. 2000.—, Wilgramsreuth 6.50, Bodenwöhr 20.—, Kaufe 35.—, Saalfeld 64.50, Stodach 120.—, Landstuhl 75.—, Rindlingen 57.—, Wilhelmshagen 28.—, Gumbach 21.—, Malchin 10.—, Rappeltod 105.—, Pomberg 700.—, Köslin 400.—, Sprockhöbel 600.—, Trier 500.—, Torgau Inf. 52.40, Girsberg Inf. 20.—, Silbeseim Inf. 28.—, Gemiglofen Inf. 16.—, Heide Inf. 12.—, Pretzin 12.—, Weilau 1000.—, Gahma 19.95, Großschlattengrün 500.—, Münster 224.—, Magdeburg 700.—, Wiegersdorf 18.93, Tangermünde 17.50, Reine 105.—, Landsberg 21.—, Freyburg (Unstr.) 25.40, Landsberg Inf. 36.—, Gesehmünde (Wb.) 10.40, Meppen 0.80, Deucha 3630.—, Waldenburg 278.20, Neustadt i. S. Inf. 12.—, Neubrandenburg 24.—, Wellendingen 14.—, Döbberitz 15.—, Freiberg i. S. 30.50, Herbitz 72.—, Großsch 30.—, Enningen 28.—, Lüben 24.50, Havelberg 24.50, Wasserburg 24.—, Uelzen Inf. 33.—, Steinwiesen 402.—, Senften 1500.—, Gohburg 4000.—, Bochum 280.—, Aurich 200.—, Hemsbach 4000.—, Solihofen 1000.—, Bayreuth 400.—, Großpenburg Inf. 22.—, Waldenburg 7.—, Schlegel 30.—, Triefel 27.—, Theinheim 20.—, Mosheim 700.—, Böbbed 202.80, Zittling 180.—, Pölsig 46.—
Ludwig Geist, Kassierer.

Denkmalfonds A. Standinger:

Bereits quittiert 2618.50 M. Stettin 100.—, Gefrees 50.—, Wilgramsreuth 20.—, Roth v. d. Rh. 10.—, Ateleben 30.—, Grünfeld 20.—, Marktbreit 50.—, Gummersbach 200.—, Köbich 20.—, Großschlattengrün 20.—, Altdorf 30.—, Aridebach 25.—, Neuforg 25.—, Steinwiesen 30.—, Neubau 10.—, Römhild 15.—, Striegn 300.—, Görtlich 20.—, Ansbach 40.—, Freyburg, Unstrut. 30.—, Giersdorf 30.—, Bischofsheim 50.—, Albersweiler 40.—, Bunkefel 48.10, Ehringsdorf 30.—, Häßlitz 150.—, Teuberbischofsheim 35.—, Weissenstadt 20.—, Wirsberg 20.—, Gohburg 50.—, Fehrenbach 20.—, Coburg 20.—, Kaltennordheim 33.20, Minchnach 10.—, Ziegelanger 50.—, Lutter 25.—, Riefersfelden 100.—, Eberhardreuth 5.—, Summa: 4399.80 M.

Berichtigung. In der Quittung in Nr. 9 des Steinarbeiters muß es statt Königsberg — Königsbain 30.— heißen.
Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kollegen, beachtet den Posttarif! Täglich zählt die Hauptkassette 4 bis 6 M. Strafpflicht für ungenügend frankierte Briefe usw. In Druckfachen- und Geschäftsbriefsendungen dürfen niemals schriftliche Mitteilungen eingelegt werden. Der Verbandsvorstand ist schließlich gezwungen, die Annahme zu verweigern, um eine Wachtung der Postgebühren zu ersparen. Unliebsame Verzögerungen sind dann nicht Schuld des Zentralvorstandes!

Unterstützungsanträge mußten in letzter Zeit in den Zentralvorstandssitzungen wiederholt zurückgestellt werden, weil die Mitgliedsbücher der Betroffenen fehlten, oder mit Beiträgen restierten, auch die Begründungen zu oberflächlich waren. Der Vorstand ist bei Prüfung solcher Anträge immer auf die Angaben der Zahlstellenverwaltungen angewiesen, wo diese verlagert, kann hier schlecht ein Antrag beurteilt werden. Die Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder wollen folgendes beachten:

Bei Anträgen auf Gewährung von Rechtschutz, Maßregelungsunterstützung, Notfallunterstützung, Umzugskosten ist in jedem Fall das Mitgliedsbuch nebst eingehender Begründung und Unterschrift der Zahlstellenverwaltung (mindestens Vorsitzender und Kassierer) einzulegen. Anträge, wo diesem nicht entsprochen wird, werden in den Zentralvorstandssitzungen nicht verhandelt!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Jeder Kollege, der in irgendeinem Ort Arbeit sucht, handelt in seinem eigenen Interesse, wenn er sich vorher über die örtlichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorsitzenden erkundigt. Dessen Adresse ist, wenn man will, immer schnell und leicht zu erfahren.

Oberliebenburg. Das Verbandsbuch Nr. 57758, auf den Kollegen Emil Zeiger ausgestellt, wurde verloren. Beim Vorlegen von unberufener Seite muß es abgenommen und an den Zentralvorstand eingesandt werden.

Dornreichenbach. Das Mitgliedsbuch Nr. 016717 auf den Namen Emil Heinze, Gahba, lautend, wurde verloren und wird hiermit für ungültig erklärt. Paul Richter, Kassierer.

Briefkasten.

P. P. 50. Vielleicht können folgende Firmen Dir helfen: Gg. Goldschmidt, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 45—46. — Deutsche Marmor- und Alabasterwerke, G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg. — Lichtenrader Marmor- und Alabasterwerke, Lichtenrade. — Garantie für alles weitere ist jedoch nicht unsere Sache.

Adressenänderungen.

3. Gau.
Vernburg. Vorf.: Paul Kaufmann, Bismarckstr. 5, Vernburg.
Treffurt. Kass.: Julius Raugold, Blobachstr. 4.

- 4. Gau.
Braunschweig. Kass.: Hermann Kamppe, Elbertstr. 22, III.
Wellerode. Kass.: Justus Wendel II, Nr. 2/4.
- 5. Gau.
Trier. Jakob Ostermann, Friedrich-Wilhelm-Str. 35.
Bingheim. Kass.: Aug. Reil.
- 6. Gau.
Dürkheim. Vorf.: Balthasar Weiß, Cardenburg b. Dürkheim.
Kass.: Georg Seidemann, Grethen b. Dürkheim.
- 7. Gau.
Kunkirchen. Vorf.: Josef Gerstl, Grafenmühle (Post Kunkirchen).
- 8. Gau.
Hardheim. Vorf.: August Wolf.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 23. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Sie erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 16.25 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.25 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Firm“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, erscheint halbjährlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firm“, Berlin W 57, zu beziehen. Abonnementpreis: vierteljährlich (6 Hefte) 6.50 M.; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pf. für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1.20 M.; Probenummern kostenlos.

„Die sozialistische Gemeinde“ (MSG.) erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1.— M., vierteljährlich 6.— M. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

Ein buntes proletarisches Stizzenbuch. Unter diesem Titel erscheint im Verlag der Freiheit, Berlin E 2, ein kleines, äußerlich schmudches Buch von Max Dortu. Preis kartoniert 7 M.

Man sagt, Dortu ist ein Dichter und die modernen Dichter entwickeln sehr oft eigene künstlerische Mittel, die ebenso oft nicht verstanden werden. So ist es auch mit dem Inhalt des vorliegenden Buches. Beim Vertiefen in die einzelnen „Dichtungen“ hatte ich die Empfindung, die mich immer erfaßt, wenn ich ein Herzbild expressionistischer „Kunst“ ansehe. Es ist also kein Buch, was man oft und gern in die Hand nimmt, um sich in den Ideengang anderer zu vertiefen, um mitzuerleben.

Verjammlungs-Anzeige.

Kein Vitalied soll fehlen.
Bezirk Heuschauer (Schlesien). Sonntag, den 13. März, vormittags 9.30 Uhr. Bezirksversammlung in Kirchfelds Gasthof zu Ober-Raten b. Wünschelburg. Wichtige Tagesordnung.
Karlsruhe (Baden). Sonnabend, den 12. März, abends 7 Uhr, im Schöffelhof.

Anzeigen

Wehrs Steinhauerbürsten, Rehbachstifte
Liefert fortwährend jedes Quantum der Kolleg-
Gg. Wehr Steinmetz, Neustadt (Aisch. Bayern).

Heinrich Tauch, Niederoderwitz (Sa.)
empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten
Lederhosen, Zwirnkette, à Hose 85 Mark
Samtmantel braun Zwirnkette, à Hose 160 Mark franko.
La Futter. — Beste Verarbeitung. — Schriftliche und mündliche Aufträge zu verkaufen. Gelegenheitsarbeiten zu Haus.
Bundweite angeben. — Versand erfolgt per Nachnahme.
Musterverwand findet nicht statt.

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalsschriften
zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen).
Bei Anfragen Rückporto erwünscht!

Mehrere tücht. Plastersteinmacher u. Bruchspalter
auf Granit sofort gesucht
Braunlager Granit- und Schotterwerke.
Güldenbergr & Frielingsdorf, Braunlaa i. Harz.

Guteingeführtes Grabsteingeschäft in Schlesw.-Holst.
Salzbach 35 000 M., ist sofort für 20 000 M. mit Lager
und Aufträgen zu verkaufen. Gelegenheitsarbeiten zu Haus.
kauf mit Wohnung vorhanden. — Näheres mit Rückporto
an die Schriftlei und des Blattes.

Tüchtiger junger Werkzeugschmied
für dauernd zum baldigen Antritt gesucht.
J. M. Lehmann, Granitwerk Lausnitz b. Königsbr. (Sa.)

Zwei tüchtige Steinbruchhämmer sowie zwei Bohrer für Sandbetrieb
finden für sofort dauernde Beschäftigung (Unterkunft vorhanden).
Söhre-Bastwerk in Wehrde (Wald) bei Cassel.

2—3 tüchtige Steinmetzen für barten Sandstein, die schon im
Grabsteinfach gearbeitet haben, stellt für
dauernd ein. Für einen verheirat. Steinmetz ist Wohnung vorband.
Bedingung sauber Scharrieren. A. Eichner, Steinbruchbesitzer.
Kaisersau bei Friedland (Vsa. Breslau).

Im Schotterwerk der Stadt Villingen. Bahnhofsstation
Peterzell-Königsfeld (Schwarzwaldbahn) finden
6—8 geübte Steinbrecher (Steinschläg.)
dauernde lohnende Beschäftigung. — Zu melden bei:
Bruchmeister Reiner, wohnhaft beim Schotterwerk.
Südwestdeutsche Hartsteinindustrie G. m. b. H., Haslach i. K.

Ge storben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen (wie allgemeinens Statistiken) eingekandt werden.)
- In Wünschelburg am 7. Februar der Brecher Johann Klink, 42 Jahre alt, Lungentuberkulose. Am 18. Februar der Sandsteinmetz August Nave, 39 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In München am 11. Februar der Steinmetz Theodor Franzen, 66 Jahre alt, Schlaganfall.
- In Rammelsbach am 12. Februar der Brecher Michael Arnold, 54 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Groß-Runzendorf am 16. Februar der Marmorsteinmetz Franz Beck, 24 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Bretten am 20. Februar der Sandsteinmetz Erhard Köhler, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Wenig-Rackwitz am 21. Februar der Sandsteinmetz Karl Hartmann, 54 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Ströbel am 22. Februar der Hilfsarbeiter Fritz John, 46 Jahre alt, Betriebsunfall.
- In Steinach am 25. Februar der Größelmacher Friedrich Maithai, 46 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.